

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1896

190 (23.4.1896) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Mittagblatt.

Donnerstag, 23. April.

Mittagblatt.

No. 190.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einzugsgebühr: die gepaltene Peltzelle oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1896.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 16. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Hauptlehrer Ditto Maier an der Volksschule in Oberkirch die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Erklärung

der Generaldirektion der Groß-Badischen Staatsbahnen, den elektrischen Betrieb von Vollbahnen betreffend.

(Abgegeben in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 22. April.)

In der Sitzung der Ersten Kammer vom 1. Februar 1896 hat gelegentlich der Beratung des Gesetzesentwurfes, die Fortführung der Höllethalbahn von Neustadt nach Donaueschingen betreffend, der Berichterstatter, Freiherr Ferdinand v. Bodman, die Großherzogliche Regierung um Auskunft darüber gebeten, ob man die Frage der Verwendung von Elektrizität bei dieser Bahn auf etwaige technische Vorzüge und den etwaigen finanziellen Effekt habe prüfen lassen.

Der Regierungsvertreter, Herr Geheimer Legationsrath Zittel, erwiderte auf diese Anfrage, daß die Großherzogliche Regierung die Anlage der Bahn als elektrische nicht in Erwägung gezogen habe.

Eine Bahn mit elektrischem Betriebe passe nicht wohl in das badische System mit bis jetzt ausschließlichem Lokomotivbetrieb und eine sichere Berechnung hinsichtlich des finanziellen Erfolges einer solchen Bahn lasse sich auch noch nicht aufstellen, da die derzeitigen elektrischen Bahnen nur Straßenbahnen seien. Ob die vorhandenen Wasserkräfte zu elektrischen Zwecken nutzbar gemacht werden könnten, bedürfe übrigens noch der Prüfung und jedenfalls dürfe nicht unbeachtet bleiben, daß alle die Kräfte im Privatbesitz sind, also erst erworben werden müßten, und dadurch der mit der Herstellung der Bahn als „elektrische“ gewünschte finanzielle Erfolg sehr fraglich würde. Es empfehle sich daher, abzuwarten, bis die Ergebnisse einer anderen größeren elektrischen Bahn vorliegen.

An diese Erwiderung des Regierungsvertreters anknüpfend, hat in der Sitzung der Ersten Kammer vom 22. Februar laufenden Jahres Herr Geheimer Hofrath Professor Dr. Engler Gelegenheit genommen, sich über die Ausnützung der Wasserkräfte unseres Landes für den elektrischen Betrieb von Eisenbahnen auszusprechen. Da der stenographische Bericht dieser Ausführungen gedruckt wurde, können dieselben hier als bekannt vorausgesetzt werden. Dieselben stimmen im allgemeinen den Erklärungen des Geheimen Legationsrathes Zittel zu, räumen die Unmöglichkeit des elektrischen Betriebes einer Theilstrecke einer mit Dampf betriebenen Vollbahn ein, reden aber der Ausnützung der Wasserkräfte für kleinere Bahnen, welche wesentlich für den Lokalverkehr und die Alimentierung der Vollbahnlinien bestimmt sind, das Wort.

Bei dem großen Interesse, welches das Publikum allen Anwendungen des elektrischen Stromes entgegen bringt, war es ganz natürlich, daß auch die Presse sich dieses Gegenstandes auf das Lebhafteste angenommen hat; es ist daher, um dem Platzreifer Irriger Anschauungen bezüglich dieser Dinge vorzubeugen, die Darstellung der einschlägigen Verhältnisse erwünscht. Die Generaldirektion der Groß-Badischen Staatsbahnen, welche in erster Reihe die Interessen des Bahnbetriebes wahrzunehmen hat, bedauert darum sehr gerne die Gelegenheit, welche ihr die Besprechung des Budgets bietet, zu der vorliegenden Frage Stellung zu nehmen und sich sowohl über die Ausnützung der Wasserkräfte des Landes zum Betriebe elektrischer Bahnen, als auch insbesondere über die Aussichten für die Möglichkeit des elektrischen Betriebes der Eisenbahnen überhaupt auszusprechen. Der erste Theil, die Ausnützung der Wasserkräfte, soll an Hand des Beispiels erläutert werden, welches die erste Anregung zur Frage in der Ersten Kammer am 1. Februar d. J. gegeben hat, nämlich der Betrieb der Fortführung der Höllethalbahn.

Der Betrieb dieser Bahn auf elektrischem Wege ist, wie der Herr Regierungsvertreter gesagt hat, nicht in Erwägung gezogen worden. Es muß hier weiter behauptet werden, daß die Erwägung dieses Betriebes auch gänzlich unnötig war, da dem Sachmann ohne weiteres klar sein mußte, daß der elektrische Betrieb in dem vorliegenden speziellen Falle nicht in Frage kommen könne.

Eine kurze Erwägung wird dies sofort klar legen: Es werde die für den Betrieb gewiß bestehende Annahme gemacht, daß auf der Strecke Neustadt—Donaueschingen gleichzeitig drei Züge verkehren, zwei in der einen Richtung, einer in der anderen. Jeder dieser Züge wird, wiederum nach mäßiger Schätzung, etwa 400 indizierte Pferdekraften in Anspruch nehmen, die drei gleichzeitig mithin etwa 1200. Wenn wir aber 1200 Pferdekraften für die drei Züge haben wollen, müssen wir mindestens 2400 Pferde nutzbarer Wasserkraft zur Verfügung stellen, denn durch die Turbinenanlagen, Hochspannungsfernleitung, Unterstationen mit Umformern u. dgl. geht so viel verloren, daß von 100 nur höchstens 50 am zu befördernden Zuge zur Wirkung kommen können.

Betrachten wir nun das für die Gewinnung dieser Kräfte in Frage kommende Gebiet an der Hand der Angaben des achten Festes der Beiträge zur Hydrographie des Großherzogthums Baden, so sehen wir, daß die gesammten in diesem Gebiete vorkommenden Wasserkräfte bei weitem nicht ausreichen, um auch nur die für den gewöhnlichen Betrieb erforderlichen 2400 Pferdekraften aufzubringen.

Es ist daher gänzlich unnötig, weitere Erwägungen darüber anzustellen, ob etwa die vorhandenen Kräfte lauffähig sind, wie sie eventuell nutzbar zu machen wären u. s. w., da sie in ausreichendem Maße, selbst für die gewöhnlichen Betriebserfordernisse, einfach nicht vorhanden sind.

Es ist aber überhaupt unthunlich, eine Bahn derart zu bauen, daß sie nur für eine den gewöhnlichen Betriebsanforderungen entsprechende Leistung ausreicht, denn es können Verhältnisse eintreten, welche die Leistung der betreffenden Strecke von einem Tage auf den andern um ein Vielfaches erhöhen. Solche

Ereignisse sind: Truppentransporte, Hochwasser oder andere Vorkommnisse, wodurch die Verwaltungen genöthigt werden, den Verkehr plötzlich über andere Linien zu leiten u. s. w. In allen solchen Fällen wäre die auf 2400 Pferde angelegte Bahn wertlos, da sie nicht plötzlich auf 8- bis 10000 Pferdekraften gesteigert werden könnte.

Die Militärbehörde würde daher mit Recht gegen eine derartige Betriebsweise Einspruch erheben, die im Mobilmachungsfalle ihren Ansprüchen in keiner Weise gerecht werden könnte.

Uebrigens würde von dieser Seite Zustimmung zur Einführung des elektrischen Betriebes auch dann nicht zu erreichen sein, wenn man voraussetzen wollte, daß im Falle größerer Truppentransporte die Bahn wieder mit Dampflokomotiven besahren werden sollte, denn zum Betriebe von Gebirgsbahnen bedarf es besonderer Maschinenanordnungen, sowie eines besonders geschulten Personales, beides ist nicht von heute auf morgen zu beschaffen.

Nach dem Gesagten dürfte erklärlich und gerechtfertigt erscheinen, daß die Großherzogliche Generaldirektion sich mit eingehenden Studien über den elektrischen Betrieb der Höllethalbahn oder der sogenannten strategischen Linien nicht befaßt hat.

Gehen wir nun zu der allgemeineren Frage über, welche Aussichten der gegenwärtige Stand der Zugbeförderung auf elektrischem Wege der Anwendung desselben bei Vollbahnen für die Zukunft bietet, so müssen wir erst die verschiedenen Arten, auf welchen dieser Betrieb stattfinden kann, ins Auge fassen.

1. Stationärer Betrieb mit Fernleitung unter Verwendung von Wasser- oder Dampfkräften.
2. Stationärer Betrieb unter Verwendung von Akkumulatoren.
3. Verwendung elektrischer Lokomotiven.

Was das unter 1. angeführte System anbelangt, so kann dasselbe schon nach den obigen Ausführungen für Bahnen mit starkem, durchgehendem Verkehr, Vollbahnen überhaupt gar nicht in Betracht kommen. Die enormen Kosten der Anlagen, sowohl wie des Betriebes für Vollbahnen mit großer Leistung schließen dasselbe von vornherein aus. Das Gebiet für die Verwendung dieses Systems, sowie des zweiten liegt wie in dem Vortrage des Geheimen Hofrathes Professor Engler dargelegt, in den Städten, kleinen Dörfern u. s. w. Was die Verwendung der Wasserkräfte hierbei anbelangt, so hätte man sich vor zu optimistischen Anschauungen und sehr vornehm eine hinreichende Reserve sei es Dampfkräften, oder Gasmotoren, vor. In dieser Hinsicht reden viele Beispiele eine sehr deutliche Sprache; unter Anderem ist auch die Bahn Tettang—Medenbeuren, auf welche in der Presse hingewiesen wurde, als bald mit einer Dampfmaschine als Reserve ausgerüstet worden, nachdem der Betrieb mehrfach durch Eis, Hochwasser u. s. w. gestört worden war.

Was diese Bahn überhaupt betrifft, so ist schwer zu verstehen, wie man sie in einem Vergleich mit der Höllethalbahn bringen kann; sie hat ihrer ganzen Anlage und Ausdehnung nach kaum die Bedeutung einer Straßenbahn von Karlsruhe nach Durlach. Was im Weiteren noch gegen dieses System spricht, ist, daß bei einer Betriebsstörung nicht nur ein einzelnes Fahrzeug oder ein einzelner Zug, sondern sämtliche Fahrzeuge bzw. Züge, welche von dem Leitungsstelle der betreffenden Station ihren Strom beziehen, stillgestellt werden, der Betrieb also auf der ganzen Strecke gestört ist. Wie leicht aber durch Unbefugte eine derartige Störung hervorgerufen werden kann, mag an folgendem Beispiel ersehen werden:

Bekanntlich wird die Station Appenweier von Offenburg aus elektrisch beleuchtet. Die von Offenburg nach Appenweier führende Starkstromleitung ist zu wiederholten Malen dadurch, daß von freihänder Hand ein Draht über die Leitungen geworfen wurde, der auf zwei der Leitungsdrähte zu liegen kam, kurz geschlossen worden. Infolge dessen war Station Appenweier vollständig in Dunkelheit verfiel; bis die Ursache des Vorkommnisses beim ersten Male entdeckt und beseitigt war, darüber vergingen mehrere Stunden.

System 2 (Akkumulatoren) hat den zuletzt besprochenen Nachtheil der leichten Störung durch Unbefugte nicht, aber den von System 1, die Unmöglichkeit der Steigerung des Betriebes im Nothfalle, in hohem Grade. Es kann für Vollbahnen zur Zeit ebensowenig in Betracht gezogen werden wie 1, dagegen wird es wahrscheinlich eine gute Zukunft in Aussicht haben für Stadt- und Kleinbahnen.

Zu 3. Auch der Betrieb mit elektrischen Lokomotiven ist zur Zeit noch nicht ernstlich in Betracht zu ziehen, da er über die ersten recht ungenügend verlaufenen Versuche noch nicht hinaus gekommen ist. Trotzdem ist dies das einzige System, welches überhaupt für Vollbahnen in fernster Zeit in Frage kommen könnte, denn es ist frei von den Unvollkommenheiten der Systeme 1 und 2. Daß bei diesem Systeme die Verwendung von Wasserkräften ausgeschlossen ist, wird ihm weiter nicht schaden, denn es kann vom wirtschaftlichen Standpunkte wohl nur begrüßt werden, wenn diese Kräfte für industrielle Zwecke und für Kleinbahnen mit Akkumulatorenbetrieb erhalten bleiben, als daß sie für Vollbahnen verwendet würden, wo ein sehr erheblicher Theil in Leitungen und anderen Widerständen verloren ginge. Fragen wir uns aber zum Schlusse: Was könnte denn der Beweggrund für eine Verwaltung sein, zum elektrischen Betriebe ihrer Vollbahnen überzugehen, vorausgesetzt, daß eines der drei Systeme so weit ausgebildet wäre, daß man dazu Vertrauen fassen könnte? so müssen wir uns sagen, daß Nichts vorliegt, was einen derartigen Wechsel rechtfertigen könnte.

Der Wunsch, wesentlich größere Geschwindigkeiten, als bisher, bei der Zugbeförderung zu erreichen, mag neben einer gewissen Vorliebe für elektrische Betriebe im Allgemeinen, die beim großen Publikum unzweifelhaft besteht, zunächst den Gedanken des Erregtes des längstbewährten Dampfbetriebes durch den elektrischen angetrieben haben. Aber eine wesentlich größere Geschwindigkeit, als bei dem Dampfbetriebe, ist durch den elektrischen (bei vorhandenen Bahnen) auch nicht zu erreichen, denn dieselbe verleiht sich schon durch die Anlage der bestehenden Bahnen mit ihren Steigungen und Krümmungen von selbst.

Diesem Projekte aber, die sich mit dem Neubau von elektrischen Bahnen zwischen großen Verkehrscentren (z. B. Wien—Budapest) (und mit geradezu phantastischen Geschwindigkeiten) befaßt, sind fast ebenso schnell, wie sie entstanden waren, wieder verschwunden, weil die Erfinder selbst die Unthunlichkeit der Ausführung eingesehen haben.

Auch die Hoffnung, durch den elektrischen Betrieb auf besteben-

den Vollbahnen, mögen dazu Wasserkräfte verwendet werden oder nicht, eine Herabminderung der Betriebskosten zu erzielen, ist eine gänzlich trügerische. Nach dem jetzigen Stand der Technik ist auch für absehbare Zeiten nicht daran zu denken, daß in diesen Verhältnissen eine wesentliche Aenderung zu Gunsten des elektrischen Betriebes eintreten könnte. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß es nicht ausnahmsweise unter ganz besonderen Verhältnissen trotzdem gerechtfertigt sein könnte, eine kleine Strecke einer bestehenden Linie elektrisch zu betreiben.

Eine solche Ausnahme ist die Tunnelstrecke einer amerikanischen Bahn, wo es sich darum handelte, eine 4,5 Kilometer lange Strecke, auf welcher zwei Tunnel liegen, durch den elektrischen Betrieb r a c h f r e i zu machen. Zur Bewältigung des Verkehrs auf dieser verhältnismäßig kurzen Strecke wurde eine elektrische Station erstellt, die mit Dampfmaschinen von zusammen 3000 Pferdekraften ausgerüstet ist; aber auch die bei diesem Versuche mit sehr hohen pekuniären Opfern erzielten Betriebsergebnisse waren, wie aus den Mittheilungen „Railroad Gazette“ hervorgeht, nur sehr unbefriedigend.

Die Generaldirektion der Groß-Badischen Staatsbahnen hat, wie allen Anwendungen des elektrischen Stromes (es mag hier auf die Anlagen in Mannheim, Karlsruhe, Doss und Offenburg hingewiesen werden), so auch derjenigen für den Betrieb von Eisenbahnen stets die gebührende Beachtung geschenkt; sie ist aber der Ansicht, daß sich die gegenwärtige Generation mit der Frage des elektrischen Betriebes von Vollbahnen nur als mit einer solchen zu befassen habe, welche ihr Interesse und Studium in Anspruch nehmen kann; weitergehende Befassung mit derselben muß einer Zeit vorbehalten bleiben, in welcher für die Verwerthung des elektrischen Stromes ganz andere und bessere Mittel zur Verfügung stehen als bisher.

Deutscher Reichstag.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)

Berlin, 22. April.

Abg. Merbach (Reichsp.): Für die Behauptung, daß das Bäckergewerbe als besonders gesundheitsgefährlich unter § 120e fallen müsse, seien genügende Gründe nicht erbracht. Mit der Gesundheit der Schneider und Schuster stände es wohl kaum besser. Daß vielfach Gesellen aus ihrem Handwerk ausstiepen, könnte doch nicht als besonderer Grund hier geltend gemacht werden. In dem Sinne, wie Abg. Hise wünsche, würde seine Partei kaum vorgehen. Für junge Leute und Frauen sei er stets zu haben. (Große Heiterkeit.) Für männliche Arbeiter wünsche er nur einen Schutz hinsichtlich der Arbeitszeit, wenn sie die Gesundheit gefährde, was hier nicht zutrefte. Wenn man die Uebelstände beseitigen wolle, müsse man mit einer Aenderung der Organisation des Handwerks anfangen. Vielleicht gelinge es dann auf dem Wege der sozialpolitischen Reformen dem immer stärker anschwellenden Strom der Unzufriedenheit in den Mittelklassen einen Damm zu setzen. (Beifall.)

Abg. Fachnick (Freis. Volksp.): Sozialpolitische Momente in die Diskussion hineinzutragen, sei unzumuthig. Die Hoffnungen des Vorredners würden sich durch eine Reorganisation des Handwerks kaum erfüllen. Darin habe der Vorredner allerdings recht, daß hier die erste Maximalarbeitszeit für männliche Arbeiter festgesetzt werde. Aus praktischen Gründen trete er mit seinen Freunden aber doch der Verordnung entgegen. Das Feuer könne ausgehen, mehrfach könnten andere Störungen eintreten. Eine mechanische Regelung der Maximalarbeitszeit sei hier am wenigsten rätlich, ebensowenig sei eine andere Regelung der Arbeitszeit und die Aufgabe der Sonntagsarbeit angebracht. Durch Einführung der Schichtarbeit würden die kleinen Bäckereien dem Großbetrieb gegenüber im Nachtheil sein. Die jetzige Form der Regelung der Mißstände sei in jedem Falle unzulänglich. Wenn man die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleichem Maße wahren wolle, so könne man die jetzigen Zustände bestehen lassen, denn jedem Bäckergehilfen sei es leicht, mit geringem Kapital eine Bäckerei zu gründen, und ein Vergleich zwischen der Zahl von Meistern und Gesellen zeige, daß verhältnismäßig früh und zahlreich die Gesellen sich selbstständig machten.

Minister v. Verlepsch: Der Abg. Merbach hat das Bedenken ausgesprochen, daß mit dem § 120 e. der erste Schritt zur Einführung des Maximalarbeitsstages für männliche Arbeiter geschehen sei, und daß, wenn die Voraussetzungen der Anwendungen für die Bäckereien speziell nicht zuträfen, damit eine allgemeine Einführung des Maximalarbeitsstages vorliege. Bei Einführung des Paragraphen hat man sich ziemlich allgemein für denselben ausgesprochen, theilweise sogar für einen allgemeinen Maximalarbeitsstag. Eine große politische Frage kommt hier nicht in Betracht, sie ist durch § 120 der Gewerbeordnung geregelt. Die einzige Frage von Bedeutung ist, ob die Voraussetzungen der Anwendung des § 120 e. im Bäckergewerbe zutreffen. Hier liegt doch eine zwölf- oder mehrstündige Arbeitszeit in Verbindung mit nächtlicher Arbeit vor, ohne daß im ganzen Jahre ein Ruhetag besteht. Wenn da § 120 e. nicht Anwendung findet, — wo sonst? Ich habe den Eindruck, daß die Beteiligten, die bei jeder Arbeiterschutzeinsetzung sich zunächst mit Hand und Fuß dagegen wehren, aber nach der Durchführung sich wohl dabei fügen werden. Eine wirtschaftliche Schädigung werden die Bäcker hier nicht erfahren und die kürzere Arbeitszeit wird für die Kleinbetriebe ein Segen sein. Wenn die verbündeten Regierungen den Rath gehabt haben, einen solchen Paragraphen zu schaffen, so müsse sie auch den Rath haben, ihn in Anwendung zu bringen.

Abg. Graf zu Jun- und Ruypphausen (konf.): Wir sind prinzipielle Gegner des Maximalarbeitsstags. Besonders empfehle er, gerade in Erwägung zu ziehen, welche großen Schäden dem Kleinbetriebe der Bäckereien durch die Verordnung des Bundesraths erwachsen werden. Die Bäckergehilfen sind durch ihren Lohn für ihre Arbeitszeit entschädigt.

Abg. Mollenbaur (Soz.): Das Gesetz hat für die Arbeiter einen platonischen Charakter. Sobald es sich um einen ernstlichen Schutz der Arbeiter handelt, da sind Sie nicht zu haben. Da gehen die Rechte und die Linse Hand in Hand. Alle Ausführungen bewegen sich in gleicher Linie: Für die Arbeiter etwas thun ist ganz gut, aber man darf es nicht in die Praxis übersehen. Daß die Bäckerlehrlinge und -Gesellen besonders stark sind, hat seinen Grund darin, daß vor dem Eintritt eine ärztliche Untersuchung stattfindet. Die Gründe des Herrn Pachnicke beim Hinweis auf den Backofen sind werthlos. Auch die Lokomotivführer müssen das Heizen gelernt haben und in ihrer Arbeit präzise sein. Die Arbeit in den Bäckereien ist besonders drückend. Die Mißstände, die hier hervortreten, namentlich die Unreinlichkeit, die vielen Gefahren für die Gesundheit müssen beseitigt werden und die Vorlage bildet dazu den ersten Schritt. Ist zunächst ein Maximalarbeitsstag für diese eingeführt, werden wir zu einem allgemeinen 12-Stundenarbeitsstag fortschreiten können. (Beifall.) Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung der Interpellation. Wahlprüfungen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Badischer Landtag.

79. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer

am Montag den 20. April 1896.

(Ausführlicher Bericht.)

(Schluß.)

Abg. Strübe: Ganz könne er den Ausführungen Fieser's nicht bestimmen, insbesondere wenn er verlange, den alten Lehrplan wieder einzuführen und die Mathematik auf ein Minimum zu beschränken; die Einführung der Mathematik habe einem Bedürfnis entsprochen, der Unterricht in derselben müsse im bisherigen Umfang beibehalten werden; dies bestätigten auch alle Gelehrte. Es komme vor allen Dingen auf die Methode an und auf den Lehrer. Fieser habe den griechischen Stilen den Stab gebrochen; er könne diese Ansicht nicht theilen. Wer die grammatischen Formen beherrschen wolle, müsse sie auch schriftlich fixiren. Die Noten in griechischen Stilen seien nicht entscheidend und nicht für die Beurtheilung des Schülers ausschlaggebend. Fieser habe nicht gesagt, im Lateinischen werde mit Malice gearbeitet, sondern das Lateinische müsse mit allen Malices getrieben werden. Die Frage Fieser's nach den Ergebnissen des Reformgymnasiums sei verfrüht gewesen, da man ein Urtheil noch nicht abgeben könne. Er könne sich mit denselben nicht befremden; fange man mit dem Latein so spät an, so würden dadurch die Realien zurückgebrängt oder es würde Ueberbürdung eintreten. Denn die Anforderungen im Reformgymnasium dürften nicht niedriger gestellt werden, als in den Gymnasien, weil sonst der Zubrang zu den Mittelschulen dadurch dann nur werde gesteigert werden.

Abg. Weggoldt: In Frankreich werde auf die Sprachen überhaupt nicht das Gewicht gelegt, wie bei uns; und im Verhältnis zu anderen deutschen Staaten seien die Stunden für die alten Sprachen in unserem Gymnasium nicht zu viel. Schreibübungen im Griechischen müssen bleiben; es komme nur auf die Art derselben an. Man könne da zwei Arten unterscheiden; in einen werde das Deutsche vollständig diktiert und der Schüler könne die Uebersetzung ruhig vornehmen. Im anderen Fall diktiere der Lehrer zu sofortiger Uebersetzung Satz für Satz. Dies seien die eigentlichen Extemporalien und die habe Fieser vermorscht; auch er könne es nicht billigen, wenn diese Extemporalien durchweg auf einer Anstalt gemacht würden, diese regten die Schüler auf. Die Stilübungen der ersten Art sollten die Regel sein, die Extemporalien die Ausnahme. Die Noten sollten nicht auf die Schreibübungen, sondern die ganze Auffassung gegründet werden. In den neueren Sprachen werde allgemein wenigstens in den Realschulen die »Sprechmethode« eingehalten; in dieser Beziehung sei ein Grund zu Tadel nicht gegeben.

Trotzdem seine Schuld nicht festgestellt werden konnte, sei Professor Bar recht sehr gekraft worden; diese Verlesung sei nur scheinbar eine Beförderung. Den von Dreesbach hervorgerufenen Ausdruck habe Bar nicht gebraucht. Ueberhaupt sollte man derartige Heringziehen von Personen in die Berathungen des Landtages unterlassen; das sehe einer moralischen Hinrichtung gleich.

Abg. Schueppler macht Mittheilung über das beabsichtigte Reformgymnasium in Karlsruhe. Sie seien der Ansicht, daß mit dieser Anstalt erhebliche Vortheile verknüpft seien, und zwar deshalb, weil die Entscheidung für den Schüler, welche Art von Studium er treiben wolle, in ein höheres Lebensalter hinaufgerückt werde. Er glaube, daß mit Einführung des Reformgymnasiums eine Entlastung der Mittelschulen eintreten werde. Ein anderer Vortheil bestehe darin, daß der Uebergang in andere Anstalten sehr erleichtert sei; jetzt sei dies mit großen Schwierigkeiten verbunden. Er glaube auch, daß die Anstalt im Land Nachahmung finden werde, denn sie sei für das Land, für kleinere Orte noch mehr ein Bedürfnis, wie für eine große Stadt. Die Angelegenheit werde von der Stadt schon lange betrieben; in Frankfurt, Hannover und Atona beständen diese Reformgymnasien schon. Zwei von hier nach Frankfurt gesandte Professoren hätten sich sehr günstig über die Anstalt ausgesprochen und insbesondere die Befürchtung widerlegt, daß die Schüler, wenn sie erst nach drei Jahren mit der alten Sprache beginnen, dies mit Widerwillen thun. Gerade das Gegentheil sei der Fall, und überhaupt sei es besser, die leichtere Sprache zuerst zu lernen. Er danke der Regierung, daß sie die Erlaubniß gegeben habe, in der Stadt diese Anstalt zu errichten.

Von einer Ueberbürdung könne seiner Ansicht nach nicht die

Rede sein; die Schüler wenigstens, welche das hiesige Gymnasium verließen, seien sehr befriedigt und dankbar. An der hiesigen Anstalt seien die Extemporalien die Rede; statt dessen sollten die Stilübungen mit vorgeschriebenem Text mehr gemacht werden. Die Nervosität komme einmal dann, wenn man nichts wisse, und sodann von den Noten bei den Extemporalien; die seien das Schlimme.

Man habe gesagt, die Jugend zeige Präntension; er glaube, daß die Neigung zur Vorlautheit mit bestimmten Jahren der Entwicklung des selbständigen Denkens der männlichen Jugend zusammenhänge und immer vorhanden gewesen sei. Er halte die Mischung zwischen dem norddeutschen und süddeutschen Volksthum für eine vorzügliche. Er bedauere, daß die Behauptung gefallen sei, der Rückgang des Idealismus hänge mit dem übertriebenen Personenkultus, wie z. B. Bismarck's, zusammen. Er glaube gerade, daß diese Verehrung Bismarck's durch unsere Jugend ein Zeichen von Idealismus sei, und wenn sie nicht mehr sei, werde er sagen, »es sei mit dem Idealismus und dem Verstand unserer Jugend zu Ende.«

Abg. Fieser: Er könne nicht begreifen, wie der Herr Staatsminister ihn so habe mißverstanden können, denn das, was der Herr Staatsminister bekämpft habe, habe er gar nicht gesagt. Er bedauere dies um so mehr, als sich dann Mißverständnisse herausstellen, wenn von seiner Seite des Hauses etwas vorgebracht werde, während die Wünsche der anderen Seite bis in's kleinste Bräufichtigung fänden. Er sei ein überzeugter Anhänger des humanistischen Gymnasiums, und die Geschichte habe gezeigt, daß dieser Bildungsgang auf allen Gebieten des Wissens, der Wissenschaft und der Kunst eine herrliche Blüthe hervorgerufen habe. Er habe ferner nur gesagt, die Konkurrenz der Realanstalten lasse ihn befürchten, daß der Lehrplan und die Methode an diesen Grundlagen rütteln werde. Was den Lehrplan anlangt, so habe er nichts gegen die Vertiefung des Unterrichts, allein die Methode verhindere die Vertiefung. Sodann habe er davon gesprochen, daß es unrichtig sei, wenn der Lehrplan immer mehr Fächer als Hauptfächer aufstelle, das könne der jugendliche Geist nicht bewältigen. Daß das Latein mit Malice getrieben werde, habe er nicht gesagt und sich nur gegen die Extemporalien ausgesprochen, welche nervös mache. Die Behauptung des Herrn Oberschulrathsdirektors, die Stilnote sei nicht maßgebend, werde durch die Thatfache widerlegt, daß die Stilnote überall das Ausschlaggebende sei und weit mehr wiege als die Note in der Lectüre. Er beutheile die Leistungen der Gymnasien nach eigener Erfahrung an jungen Leuten und er müsse sagen, er habe nicht die besten Erfahrungen gemacht und Viele gesehen, die mit nichts anderem aus den Gymnasien herauskommen als mit Präntension und Streberhaftigkeit. Dem geheimen Verbindungen auf den Gymnasien sollte ein Ende gemacht werden; dort werde ein guter Theil dieses Geistes großgezogen. Dem Direktor wolle er keinen Vorwurf machen, aber diese Verbindungen seien offenes Geheimniß. Mit richtigen pädagogischen Mitteln, nicht mit Hinausschmeißen werde da Abhilfe geschaffen werden können. Nie habe er seinem Geschichtslehrer den Vorwurf gemacht, daß er sie nur Thatfaden gelehrt habe. Das habe er auch gar nicht für unseren Geschichtsunterricht verlangt; er habe nur einen Fehler darin erblickt, daß neben allen sonstigen Anforderungen, die an den Schüler gestellt werden, die alte Geschichte so detaillirt unterrichtet werde. Den griechischen Stil habe er nicht allein herein gebracht, auch Latein und Evidenz hätten davon gesprochen; er habe lediglich verlangt, daß in der Prima der griechische Stil abgeschafft werde, und mit Bedauern habe er gehört, daß der Herr Staatsminister diesem Verlangen nicht geneigt sei. Wenn er von den alten Zeiten gesprochen habe, so habe er zeigen wollen, daß früher das multum gait, jetzt das multa. Die frühere Methode, wonach den Schülern eine Präparation aufgegeben wurde, sei besser als die heutige, wo der Lehrer den Schülern alles vorträgt; diese zersprengte die Selbständigkeit und gewöhne die Leute daran, nur das Vorgesagte nachzubeten. Wenn man für die heutige Methode in Anspruch nehme, sie mache den Gebrauch von Uebersetzungen überflüssig, so möchte er nur darauf hinweisen, daß heute »Schläuche« im Gebrauch seien, wie man sie früher nicht gekannt habe, und wenn man sie gekannt hätte, würde man es für eine Gemeinheit gehalten haben, sie zu benutzen.

Geh. Rath Dr. Arnspurger: Er müsse sich entschieden dagegen verwahren, daß er seinem Herrn Chef eine entstellte, so gar einseitig gefärbte Darstellung der Ausführungen des Herrn Berichterstatters gegeben habe. Die Darstellung sei schriftlich abgefaßt und wenn der Herr Minister dieselbe mit den heutigen Darlegungen des Herrn Berichterstatters vergleiche, oder wenn man das Stenogramm zu Rathe ziehe, werde man sehen, ob dieselbe unrichtig sei. Der Herr Berichterstatter habe Redners Aufmerksamkeit auf die geheimen Verbindungen am Gymnasium gelenkt. Es sei aber nicht Sache des Oberschulraths, über den Kopf der Direction hinweg diese Zustände zu ändern, derselbe werde deshalb zuwarten, bis der Direktor den Zeitpunkt hierzu für gekommen erachte; derselbe werde schon selbst wissen, was er zu thun habe.

Staatsminister Dr. Hoff: Man sehe aus den Ausführungen des Herrn Vorredners, daß man nicht nur durch Extemporalien nervös werde. Er verstehe nicht, was so Entsetzliches vorgekommen sein soll; vielleicht habe Redner eine oder die andere Notiz über die Fieser'schen Ausführungen auch mißverstanden. Wenn der Herr Berichterstatter gesagt habe, was ihm nicht gefalle und was ihm das Richtige scheine, so dürfe doch die Regierung auch aussprechen, was ihr an diesen Vorschlägen nicht gefalle. Es sei ihm gar nicht eingefallen, den Herrn Abg. Fieser als einen Feind des humanistischen Gymnasiums hinzustellen, Redner kenne ihn seit lange als einen überzeugten Freund, er habe nur auszuführen gesucht, daß dessen Angriffe gegen unseren Lehrplan an den Gymnasien, der im wesentlichen schon 32 beziehungsweise 27 Jahre bestünde, ihm nicht begründet erschienen.

Abg. Muser: Er sei im wesentlichen mit den Ausführungen des Herrn Regierungsvortragenden über das Frauenstudium einverstanden. Er hoffe, daß, wenn die Zeit gekommen, die

Regierung nicht zögern werde, die Frauen zum Studium auf der Universität zuzulassen. Fälle, die eine symptomatische Bedeutung haben, die solle und müsse man vorbringen, und was Herr Dreesbach über den Fall Bar gesagt sei nicht so schlimm, als wenn Abg. Schueppler über das Mitglied der Schulkommission am Samstag gesagt habe, es sei ein Lügner. Also dürfe Herr Weggoldt, so sehr er sonst mit seiner Mahnung einverstanden sei, ihrer Seite des Hauses diesen Vorwurf nicht machen. Durch die Verschmelzung mit den Norddeutschen hätten wir nicht nur Gutes angenommen, sondern viel mehr Gutes von der süddeutschen Natur eingezogen. Es sei richtig, daß die Schule schuld sei an dem Schwinden des Idealismus; in der Schule sollte gelehrt werden, daß die Erfolge nicht das Werk Einzelner, sondern des ganzen Volkes sind; der Respekt vor dem Volk und Bürgerthum sollte gelehrt werden. Die einseitige Anbetung des Erfolges, das sei die Folge unseres jetzigen Geschichtsunterrichts.

Benedey habe von einem übertriebenen Personenkultus gesprochen; daß dieser Kultus Bismarck's jetzt übertrieben sei, das sei ihm zweifellos; als er in Ungnade gewesen sei, habe sich Niemand um ihn bekümmert.

Das Einjährig-Freiwilligen-Institut, das Reserveoffizierssthum sei die Ursache von Zuständen bei der akademischen Jugend, die wir nur beklagen könnten; der Student sei oft nur der Lieutenant in Civil, der eine farbige Mütze aufsehe. Dieser Ton habe auch auf das Benehmen der jüngeren Beamten dem Publikum gegenüber Einfluß.

Abg. Fieser bedauere die Erklärungen der Regierung bezüglich der Einseitigmachung der Schulbücher und des griechischen Stils. Abg. Muser habe erklärt, Fürst Bismarck sei, so lange er in kaiserlicher Ungnade gewesen, von allen Seiten mit Stillschweigen übergegangen worden. Dies stehe in direktem Widerspruch zur Wahrheit. Nie sei seitens der nationalliberalen Partei und des Volkes Bismarck mit größeren Huldigungen umgeben worden als gerade in jener Zeit.

Die Anforderungen für Gymnasien, Progymnasien und Lehrerbildungsanstalten werden genehmigt.

Zu F. Realkittelschulen:

Abg. Schueppler kommt auf die Anstellung des Herrn Professor Wegger an einer hiesigen Schule zurück. An der Mädchenschule sei eine Stelle ausgeschrieben gewesen, zu der sich außer dem Benannten ein bereits an der Anstalt thätiger Lehrer gemeldet habe. Trotzdem man gewußt habe, daß Wegger guter Katholik und begeisterter Anhänger des Centrums war, hätte er die Stelle bekommen, wenn nicht der andere Bewerber schon länger an der Schule thätig und im Geschichtsunterricht, den Wegger noch nie ertieilt, bewandter gewesen wären. Aber damals habe der Stadtrath beschloffen, bei wieder frei werdender anderer Stelle Herrn Professor Wegger dem Oberschulrath vorzuschlagen; dies sei auch einstimmig geschähen, als an der Bürgerschule hier eine Balanz eintrat, und Wegger sei jetzt daselbst thätig. Da könne Abg. Köhler seine Befehlshandlung zurücknehmen, der Stadtrath sei parteiisch.

Abg. Köhler: Er habe nicht vom Stadtrath gesprochen, sondern von den Nationalliberalen. Er habe auch nur beweisen wollen, daß nach der Konfession gefragt wurde, und dies sei geschähen. Herr Stadtrath Leichtlin habe Herrn Wegger hierüber gefragt.

Abg. Schueppler: Der Vorwurf des Abg. Köhler könne sich nur auf den Stadtrath beziehen, etwas anderes sei gar nicht denkbar. In gewissen Fällen müsse geradezu nach der Religion gefragt werden, namentlich wenn in einer Schule eine Konfession sehr überwiege. Der Gewährung eines Herrn Abg. Köhler habe protokolllarisch erklärt, daß es ihm nicht eingefallen sei, über den Stadtrath eine derartige Behauptung aufzustellen, zumal er aus eigener Erfahrung wisse, daß das Gegentheil der Fall sei.

Kein Mensch habe daran gedacht, dem Herrn wegen seiner Konfession eine Schwierigkeit zu machen. Aber die Presse des Centrums setze manche sonst vernünftige Leute so auf, daß sie förmlich Verfolgungswahn bekommen.

Abg. Benedey wendet sich gegen Abg. Schueppler wegen einer Aeußerung desselben über Herrn Professor Heimbürger.

Abg. Köhler rechtfertigt nochmals seinen Standpunkt.

Abg. Fieser: Thatfache sei, daß ein ultramontaner und ein demokratischer Lehrer an hiesigen Schulen angeestellt worden seien, und ferner Thatfache, daß Abg. Köhler dem Stadtrath Parteilichkeit vorgeworfen habe, sowie, daß diese Behauptung durch die beiden Fälle widerlegt sei. Er habe das Anstellungsverhältnis der Lehrer an den Realkittelschulen zu dem an den Gymnasien, ferner das Verhältnis der wissenschaftlich gebildeten Lehrer zu den Reallehrern an den Realschulen zur Sprache zu bringen. Letztere seien unverhältnismäßig zahlreich; ein Ordinariat dürften sie eigentlich nicht versehen und auch nicht Sprachunterricht geben. Er wäre der Groß. Regierung dankbar für die Auskunft, ob Aussicht für die wissenschaftlich gebildeten Lehrer bestehe, daß in Konsequenz dieser Bestimmungen eine größere Anzahl von ihnen werde angestellt werden.

Staatsminister Dr. Hoff: Der Oberschulrath habe schon bei der Aufstellung des Budgets gewünscht, einige etatsmäßige Stellen mehr an den Mittelschulen (auch den Gelehrtenschulen) aufzunehmen; aber es hätten sich bezüglich des ordentlichen Etats solche Schwierigkeiten ergeben, daß man davon abgesehen sei. Bei den Realkittelschulen sei allerdings eine größere Anzahl von Reallehrern thätig, deren Thätigkeit übrigens gelobt werde. Sie stammten, soweit sie auf Professorenstellen seien, aus einer Zeit, wo Mangel an wissenschaftlich gebildeten Lehrern war, außerdem fänden es die kleineren Städte sehr erwünscht, daß die Zahl der wissenschaftlichen Lehrern nicht zu sehr erhöht werde. Aber in der Zahl der etatsmäßigen Professorenstellen werde eine Vermehrung mit der Zeit eintreten müssen. Die Klassenordinariate sollten wenigstens bald alle von ihnen besetzt werden können. Auf diesem Gebiet seien wir den anderen deutschen Staaten gegenüber etwas zurück.

Abg. Neuwirth: Er bedauere, daß man für diejenigen Realschulen keine Mittel vorsehe, welche von Gemeinden

und Privaten unterhalten werden. Auch in Neckarbischofsheim sei eine solche Realschule, die für die Gemeinde mit großen Opfern verbunden sei. Er bitte die Regierung, auch diesen Schulen einen Zuschuß zu gewähren.

Geh. Rath Dr. Arnspurger erkennt an, daß die Gemeinden für diese Schulen große Opfer bringen, aber die Frage eines Staatszuschusses zu denselben sei noch niemals in Anwendung gebracht worden, und dies müsse man doch abwarten.

Abg. Fieser: Die Gemeinde solle sich auf den Standpunkt der übrigen Gemeinden stellen und eine Realschule errichten; so lange diese Schule lediglich eine Privatanstalt sei, könne der Staat einen Zuschuß nicht geben.

Die Anforderungen für Realmittelschulen, höhere Mädchenschulen, Frauenarbeits- und Haushaltungsschulen werden genehmigt.

Der Präsident schlägt vor, die Sitzung vor dem Titel Volksschulen abzubrechen.

Es ist eine Petition eingelaufen, worin unter Abänderung des Gesekentwurfes die Zuteilung der abgeordneten Gemarkungen Karl-Ludwig-See und Thalfeld an die Gemeinde Hohenheim statt Schwesingen verlangt wird.

Die Sitzung wird 7 1/2 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag Vormittag 9 Uhr.

80. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer

am Dienstag den 21. April 1896.

(Ausführlicher Bericht.)

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Hoff, der Direktor des Oberlehrer-Seminars Geh. Rath Dr. Arnspurger und Geh. Oberregierungsrath Bederer.

Präsident Gönner eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr und gibt eine Vorlage des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, betreffend den Staatsvertrag zwischen Baden und Hessen, über den Bau einer Eisenbahn von Weinheim nach Lampertshausen bekannt.

Sodann wird in die Weiterberatung des Budgets des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts eingetreten und es erhält zu Titel IX § 44 der Abg. Straub das Wort.

Derselbe bittet um Staatszuschüsse zu den Kosten der erweiterten Volksschulen, die überall als eine große Wohlthat empfunden werden, den Gemeinden aber zu große Opfer auferlegen. Die finanziellen Leistungen des Staates für solche Schulen stünden, wie Re. näher ausführt, in keinem Verhältnis zu den Leistungen für die Realschulen und bitte er bei Aufstellung des nächsten Budgets seinen Wunsch in Erwägung zu ziehen, indem man die Aufwendungen für diese beiden Arten von Schulen gleichstelle.

Rebner gibt sodann seiner Befriedigung über die von der Kommission angeregte Erhöhung der Staatsbeiträge an bedürftige Gemeinden zu Schulhausbauten Ausdruck. Eine angemessene Erhöhung dieser Beiträge sei sehr erwünscht, da die Schulhauslasten auf den Landgemeinden mit ihrem kaum vorwärtschreitenden Steuerkapital schwer lasten. Wie der Kommissionsbericht bemerke, seien auch die Aufwendungen von Hessen, Sachsen und Elsaß-Lothringen zu diesem Zweck höher.

Staatsminister Dr. Hoff erwidert dem Vorredner, daß die Großh. Regierung die großen Vorteile der erweiterten Volksschulen durchaus nicht verkenne. Es sei auch schon im Oberlehrer-Seminar die Gewährung von Staatsbeiträgen für dieselben angeregt worden, wobei jedoch zugleich die Abänderung des § 94 des Elementarunterrichtsgesetzes in Erwägung gezogen werden müßte. Bei einer Vorbesprechung der Angelegenheit im Staatsministerium sei keine Genehmigung vorhanden gewesen, Beiträge für eine neue Gattung von Schulen bei der heutigen Lage des Staatshaushalts in das Budget aufzunehmen, es könne aber vielleicht in der Weise ohne Abänderung des Elementarunterrichtsgesetzes geheißen werden, daß man den betreffenden Gemeinden ähnlich wie denjenigen mit höheren Mädchenschulen, wenn die Budgetlage es gestatte, einen festen Beitrag gewährt.

Was die Wünsche des Herrn Vorredners auf Erhöhung der Staatsbeiträge zu Schulhausbauten bedürftiger Gemeinden betreffe, so werde sich die Großh. Regierung nur freuen, wenn ihr die finanzielle Lage im nächsten Budget die Einstellung einer höheren Position zu diesem Zwecke gestattet. (Schluß folgt.)

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 23. April.

*(Postagentur.) Am 1. Mai wird in dem Orte Zuffenhausen bei Appenweier eine Postagentur mit Telegraphenbetrieb ins Leben treten.

*Baden-Baden, 22. April. An der Subskription für die Anlage eines Elektrizitätswerkes der Stadt Baden haben sich 11 Firmen beteiligt, deren Angebote zwischen 300 000 und 780 000 Mark schwanken. Der Stadtrath hat das gesammte Material dem Dozenten für Elektrotechnik an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Dr. Raich, zur Begutachtung und Prüfung vorgelegt.

Die Großherzogin in Kehl.

*Kehl, 22. April. Unsere Stadt hatte heute bereits am frühen Morgen Flaggenschmuck angelegt. Galt es doch, heute unsere Landesfürstin, Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Luise festlich zu empfangen. Schon um 11 Uhr wurde es auf dem Bahnhofsplatz lebendig; eine freudig bewegte Menge harrte der Ankunft der allverehrten Gemahlin unseres Landesherren; auf dem festlich bekränzten Perron hatten Mädchen in Kanauertracht aus verschiedenen Orten unseres Bezirkes Aufstellung genommen und im Wartsaal zweiter Klasse harrten die Vertreter der Staatsbehörden, die Geisteskräfte des Bezirkes, die Mitglieder des Bezirksraths, die Vorstände der höheren Bürger Schulen in Kehl und Rheinfischhofheim, der Gemeinderath der Stadt Kehl und sämtliche Bürgermeister des Amtsbezirks. Vor dem Wartsaal zweiter Klasse hatten Major Freih. v. Sager, früherer Adjutant Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs, nebst einer Anzahl Offiziere der hiesigen Garnison sich aufgestellt. Im gegenüberliegenden Schiffsaal, wo die Ausstellung stattfand, waren die Damen des Komitees des Frauenvereins, Kinderlehrerinnen und zahlreiche Schulkinder versammelt. Als der Zug in den Bahnhof einfuhr, ertönten Böllerschüsse und die Glocken

begannen zu läuten. Dem Zuge entstieg Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Luise nebst dem Gefolge, bestehend in dem Oberhofmeister, Herrn von Edelsheim, dem Kabinetsrath v. Gellius und der Hofdame Fräulein v. Schönau. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin sprach hier in freundlicher Weise mit den zunächst stehenden Kanauer Mädchen und begab sich sodann in den Wartsaal, wo Herr Oberamtmann Teubner die Begrüßungsansprache hielt. Ihre königliche Hoheit dankte, indem sie ihrer Freude Ausdruck gab, auch einmal Gelegenheit zu haben das Kanauerland zu besuchen. Dierauf begann die Vorstellung der Anwesenden. Für jeden Einzelnen hatte die gütige Fürstin, deren frisches Aussehen allgemeine Freude erweckte, ein freundliches Wort und unterhielt sich mit Vielen längere Zeit in liebenswürdiger, herzensgewinnender Weise. Die ganze Vorstellung dauerte nahezu zwei Stunden, worauf sich Ihre königliche Hoheit in den Ausstellungssaal zur Besichtigung der Ausstellung begab. R. W.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

*Berlin, 22. April. Gegenüber der Meldung der „Times“ auf dem am 14. April in der Delagoabai und am 15. April in Romasi angekommenen deutschen Dampfer „Bundesrath“ hätten Hollbeamte Uniformen, Reistiefeln und Helme gefunden, und ein auf dem Dampfer befindlicher Offizier hätte Pässe vorgewiesen, worauf die Gesellschaft weiter gereist sei, hört die „Nordd. Allg. Ztg.“: Der deutschen Ostafrikalinie sei absolut nichts bekannt, was für die Erzählung der „Times“ Anlaß böte. Der „Bundesrath“ hatte von Hamburg aus drei deutsche Kaufleute, einen deutschen Ingenieur, zwei andere Deutsche unbekanntes Berufes und einen Wiener Ingenieur an Bord, die in späteren Anlaufhäfen hinzugekommenen Passagiere gehörten fremden Nationalitäten an; nur zwei oder drei, darunter ein von einer Hamburger Firma engagierter früherer Offizier waren deutsche Staatsangehörige. Das Reiseziel der meisten Deutschen war Johannesburg und Durban.

*Berlin, 22. April. Der „Voss. Ztg.“ zufolge wurde gestern in einer Besprechung von Mitgliedern des Bundesrathes und aller Parteien beschlossen, den Hausirhandel mit Gemüse und Blumen in der Gewerbegebietnovelle freizugeben.

*Berlin, 22. April. Die Kommission des Nationalliberalen Parteivorstandes beschloß, einen allgemeinen Parteidelegirtenkongress im Herbst d. J. nach Berlin einzuberufen.

*Berlin, 23. April. Der „Nationalzeitung“ zufolge hat sich das Befinden des Professors v. Treitschke erheblich verschlechtert.

*Troppau, 22. April. Der „Voss. Ztg.“ zufolge wird das Kaiserpaar am 13. Mai im Schloß Brimkenau zum Besuche des Herzogs Günther eintreffen und bis zum 15. Mai dort verweilen.

*Würzburg, 22. April. Gegen das Duell nahm der Fränkische Centrumsverein eine Resolution an, in der das Reichstagscentrum aufgefordert wird, einen Gesekentwurf einzubringen, wonach durch Zweikampf verursachte Verletzungen an Leben und Gesundheit, wie gemeine Körperverletzung, Mord und Totschlag bestraft werden sollen.

*Wien, 22. April. Gegenüber der Meldung der Morgenblätter, nach welcher die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers bezüglich der Bürgermeisterfrage bereits erfolgt sei, erklärt das „Fremdenblatt“ es sei noch keine Entscheidung erfolgt.

*Budapest, 22. April. (Abgeordnetenhaus.) Bei der Gesekentwurfverhandlung bezüglich der Millenniumsdenkmäler, bemängelt Ugron die Vorschläge der Regierung, betreffs Theilnahme der Monarchen, stimmte aber für die Vorlage. Baron Banffy erwiderte, die Beschlüsse des Königs seien auf Grund von Regierungsvorschlägen gefaßt und zeugen von dem Mitgefühl und Interesse des Monarchen für die ungarische Nation, die dem Kaiser Dank und Anhänglichkeit schuldig sei. Die Vorlage wurde ohne Spezialdebatte angenommen.

*London, 22. April. Bei der Betschuanaland-Exploration-Company ist heute Vormittag folgende Depesche eingegangen: „Bulawayo, 21. April, Nachmittags 4 Uhr. Die Lage ist ernst. Die Matabel haben sich in einer Stärke von ungefähr 14 000 Mann der Stadt bis auf drei Meilen genähert. 1150 befreundete Eingeborene sind in der Stadt angekommen.“

*Athen, 23. April. Ihre Majestäten der König und der Kronprinz begaben sich gestern in das Haus Trikupis und blieben längere Zeit am Sarge des Verstorbenen. — In Laurion ist kein weiterer Zwischenfall vorgekommen.

*Monaco, 22. April. Der Großfürst-Thronfolger von Rußland ist von seinem letzten Unwohlsein vollständig wiederhergestellt. Derselbe machte gestern eine einstündige Spazierfahrt nach Baulieu.

*Sofia, 23. April. Vor dem hiesigen Appellgerichtshof begann gestern gegen den früheren Polizeipräsidenten Savanov, der gegenwärtig eine vierjährige Gefängnisstrafe verbüßt, sowie gegen acht andere Angeklagte, darunter der ehemalige Polizeikommissar, der Prokurator und der frühere Untersuchungsrichter von Sofia, der Prozeß wegen ungesekmäßiger Verhaftung. Das Urtheil wird heute erwartet.

*Stockholm, 22. April. Bei der gemeinsamen Abstimmung der beiden Kammern nahm der Reichstag heute mit 207 gegen 168 Stimmen die Regierungsvorlage betreffend die Bewilligung von 11 780 000 Kronen für Flotte und Militär an. Von 207 für die Vorlage stimmenden gehören 141 der ersten und 66 der zweiten Kammer an. Gegen die Vorlage stimmten 8 Mitglieder der ersten und 160 Mitglieder der zweiten Kammer.

*Belgrad, 23. April. König Alexander ist gestern Abend um 10 Uhr hier eingetroffen.

Die Ministerkrisis in Frankreich.

(Telegramme.)

*Paris, 22. April. Wie versichert wird, hat Präsident Faure das Entlassungsgesek des Kabinetes genehmigt. Die Entlassung soll erst nach der Sitzung der Deputirtenkammer offiziell bekannt gegeben werden. Man glaubt, der Präsident werde versuchen, ein Versöhnungs- und Konzentrationsministerium zu bilden. In den Wandelgängen der Kammer werden als geeignet für die Umgestaltung des Kabinetes genannt Peytral, Méline oder Bourgeois, letzterer für den Fall, daß die Deputirtenkammer ihm ein Vertrauensvotum erteilen sollte. Ministerpräsident Bourgeois hat den auf heute angelegten Wochenempfang des Diplomatischen Corps abgefaßt. Bourgeois arbeitet an der Erklärung, welche er Morgen in der Kammer vorlesen will, nachdem er sie vorher seinen Kollegen unterbreitet haben wird.

*Paris, 22. April. In den Wandelgängen der Deputirtenkammer verlautet, das Kabinet werde seine Demission aufrecht erhalten, auch wenn die Kammer ihr Vertrauen votiren würde, denn durch dieses Votum würde die Lage in nichts geändert werden.

*Paris, 22. April. Der Stadtrath nahm nach lebhafter Debatte mit 38 Stimmen einen Beschluß an, in welchem dem Bedauern über den Rücktritt des Kabinetes Bourgeois Ausdruck gegeben und eine Revision der Verfassung verlangt wird, um das allgemeine Stimmrecht gegen den Senat zu schützen.

Fürst Ferdinand von Bulgarien in St. Petersburg.

*Sofia, 22. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Petersburg hat Seine Majestät der Kaiser den Fürsten Ferdinand persönlich zu den Krönungsfeierlichkeiten eingeladen.

*St. Petersburg, 23. April. Fürst Ferdinand von Bulgarien nahm gestern an dem Frühstück bei dem Großfürsten Vladimir theil, das dieser anlässlich seines Geburtstags gab, und dem das Kaiserpaar bewohnte. Später machte der Fürst bei den Mitgliedern der kaiserlichen Familie Abschiedsbesuche. Abends fand beim Fürsten Lobanow ein Diner zu Ehren des Fürsten Ferdinand statt, woran der deutsche, der österreichische und der türkische Botschafter, sowie die Minister Stolow und Petrow theilnahmen.

*St. Petersburg, 23. April. Fürst Ferdinand von Bulgarien hat nachstehende Auszeichnungen verliehen: dem Fürsten Lobanow den Alexander-Orden 1. Klasse mit Diamanten, dem Vorsitzenden des Heiligen Synod, Kobjedenszew, den Alexander-Orden 1. Klasse, dem Bürgermeister von Petersburg, Ratlow, und dem General Tschernajew den Orden pour le mérite 1. Klasse, dem Redakteur des Regierungsbotsen Slutschewski denselben Orden 2. Klasse, außerdem erhielten eine Anzahl Personen den Alexander-Orden niedrigerer Klasse.

Verschiedenes.

*Posen, 21. April. Nach einer der „Posener Ztg.“ aus Zülchne zugegangenen amtlichen Meldung ist gestern Vormittag 8 1/2 Uhr auf der im Bau befindlichen Strecke Rogasen-Draszig ein Arbeiterzug entgleist, wodurch drei Arbeiter getödtet und drei verletzt wurden. Die „Posener Ztg.“ fügt hinzu, daß das Unglück infolge falscher Weichenstellung von unberufener Hand erfolgte.

*Paris, 21. April. Lion Saxe ist heute Früh 2 1/2 Uhr gestorben.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 24. April. 56. Ab.-Vorst. Mittelpreise: „Die verkaufte Braut“, komische Oper in drei Aufzügen, von S. Sabina, deutscher Text von Max Kalbeck. Musik von Friedrich Smetana. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, 26. April. 58. Ab.-Vorst.: „Die Eugenoten“, große Oper mit Ballet in fünf Aufzügen, von Eugen Scribe. Musik von G. Meyerbeer. Marcel: Herr Wegand vom Königl. Hoftheater in München als Gast.

Industrie, Handel und Verkehr.

| New-York, den 22. April 1896, Nachmittags 5 Uhr. | | | |
|--|---------------------|--------|--------|
| Kurs vom | | | |
| | 21. | 22. | |
| Weizen: | April | 73 1/2 | 73 1/2 |
| | Mai | 70 1/4 | 70 1/4 |
| | Juni | 70 1/2 | — |
| | Juli | 70 1/2 | 70 1/2 |
| | August | 70 1/2 | — |
| | September | 70 1/2 | 70 1/4 |
| | Oktober | — | — |
| Maiz: | April | 36 | 36 7/8 |
| | Mai | 35 3/4 | 35 3/8 |
| | Juni | — | — |
| | Juli | 36 1/2 | 36 1/2 |
| | August | 37 1/4 | — |
| | September | 37 1/4 | 37 1/4 |
| Weizen stetig. | | | |
| Chicago, den 22. April 1896. | | | |
| Weizen: | April | 62 3/4 | 62 1/2 |
| | Mai | 63 1/2 | 63 |
| | Juli | 64 1/2 | 64 1/2 |
| Maiz: | April | 29 1/2 | 29 1/4 |
| | Mai | 29 1/2 | 29 1/2 |
| | Juli | 30 1/4 | 30 1/2 |

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Friedrich Händler Nachfolger

Inhaber: Wachmann & Sonneborn
Lammstrasse 3 Karlsruhe Lammstrasse 3.
Anfertigung feiner Herren-Garderobe nach Maass.
Volle Garantie für eleganten und bequemen Sitz.
Stets reichste Auswahl in feinsten englischen Neuheiten zu Anzügen, Paletots und Beinkleidern.
Anfertigung sämtlicher badischer Hof- und Staatsuniformen.

Beste Reduktionsverhältnisse: 1 Zhr. = 8 Rnt., 7 Gulden fdb. und holländ. 10 Rnt., 1 Gulden 2. B. = 2 Rnt., 1 Franc = 80 Pf.

Frankfurter Kurse vom 23. April 1896.

1 Zhr. = 80 Pf., 1 Pf. = 20 Rnt., 1 Dollar = 4 Rnt. 50 Pf., 1 Silber- rubel = 2 Rnt., 20 Pf. = 1 Mark Banco = 1 Rnt. 25 Pf.

Table of Frankfurt stock and bond prices. Columns include various securities like Staatspapiere, Eisenbahn-Aktien, and Wechsel und Sorten, with their respective prices and exchange rates.

Deutscher Phönix in Frankfurt am Main. Gewinn- und Verlust-Rechnung pro 1895.

Income and expense statement for Deutscher Phönix. It is divided into two main sections: A. Einnahmen (Income) and B. Ausgaben (Expenses), with detailed sub-items and monetary values.

Bilanz per 31. Dezember 1895.

Balance sheet for 31st December 1895. It shows the company's financial position with columns for Activa (Assets) and Passiva (Liabilities/Equity).

Frankfurt a. Mai, den 21. April 1896. Die Direktion. Max Schwemer, Hugo Kettner.

Legal notices under the heading 'Bürgerliche Rechtskreite'. Includes court proceedings and legal actions, such as 'F415.1. Nr. 4438. Karlsruhe.' and 'F402.1. Nr. 3716. Schönau.'

Advertisement for Burk's Arznei-Weine. Features a logo and text describing various medicinal wines like 'Burk's Pepsin-Wein' and 'Burk's China-Malvasier'.

Advertisement for Carl Kuhn & Co. featuring 'Aluminium-Feder' (Aluminum pens) and 'Bellebteste Façon. Unübertroffene Qualität. Mässiger Preis.'

Telegramme! In Frankfurt fielen 3 Pferde, 1 Reit- und 2 Wagenpferde, in meine Collecte, das eine Voos Nr. 84481, dessen Gewinner ich nicht kenne, kaufe ich bis heute Mittag 3 Uhr mit 820 M. baar. F.417.

Advertisement for Carl Götz, 'Lederhandlung, Karlsruhe, Debelstraße 15.' Includes text about leather goods and contact information.

Advertisement for Teinaeher 'Kirschquelle'. Describes a medicinal beverage with health benefits.

Administrative notices and legal announcements. Includes 'F397. Nr. 6637. Freiburg.' and 'F396. Nr. 15261. Pforzheim.' regarding court matters.